

Schriftliche Anfrage betreffend Zwischennutzung des Heuwaage-Hochhauses (Eigentümerin Basellandschaftliche Pensionskasse) als Asylunterkunft

24.5125.01

Am 14. März 2024 berichtete die Basler Zeitung über die Zwischennutzung des Heuwaage-Hochhauses, welches der Basellandschaftlichen Pensionskasse gehört, da sich der Abriss und der Neubau erneut verzögert. Die Hauptverantwortung liegt, gemäss den Aussagen der Verantwortlichen in der Basler Zeitung, an den baulichen Neuaufgaben im Kanton Basel-Stadt.

Da selbstredend die Verwaltung und die Regierung sofortige Kenntnis von der Baubewilligungsproblematik hatten, fragt sich die Unterzeichnerin, ob der Kanton sein Vorwissen nicht zu sehr ausnutzte und vorschnell Verhandlungen mit der Eigentümerin zur Zwischennutzung aufnahm und abschloss, ohne zuvor die verschiedenen Betroffenen (Gewerbe, Gastro, Hotellerie, Anwohner, etc.) anzusprechen und ihre Meinungen und Einschätzungen dazu abzuholen.

Deshalb bittet die Unterzeichnerin die Regierung höflich um die schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Lag ein Auftrag des Bundes vor, eine zusätzliche Asylunterkunft zur Verfügung zu stellen, oder ging die Regierung von sich aus auf den Hauseigentümer (Basellandschaftliche Pensionskasse) zu?
2. Falls er über keinen entsprechenden Auftrag vom Bund verfügte: Was veranlasste die Regierung eine zusätzliche Asylunterkunft zu bestimmen und zu betreiben?

Problematik Gastro- und Hotelbetriebe

3. Hat die Regierung vorab mit den umliegenden Gastro- und Hotelbetreibern gesprochen und ihre Meinung eingeholt?
4. Wenn nein, weshalb nicht?
5. Wenn ja, wurden alle Gastro- und Hotelbetreiber angesprochen und wie war die Reaktion? Wurde auch der Wirte- bzw. Hotelierverband angesprochen und wie fiel deren Reaktion aus?
6. Wenn nein, kamen unterdessen Reaktionen dieser Verbände resp. deren Mitglieder und wie sehen diese aus?

Problematik Geschäftsbetriebe

7. Hat die Regierung mit den einzelnen Geschäftsbetreibern rund um die Liegenschaft (Heuwaage bis Barfüsserplatz) gesprochen und ihre Meinung dazu eingeholt?
8. Wenn nein, weshalb nicht?
9. Wenn ja, wie war die Rückmeldung? Wurde jeder einzelne Betrieb befragt? Wurden Verbände wie StadtKonzeptBasel oder der Gewerbeverband dazu befragt oder kam bereits eine Reaktion von ihnen und wenn ja wie sieht diese aus?
10. Falls die Geschäftsbetreiber und Gastrobetriebe feststellen sollten, dass ihre Kundenzahlen und somit ihr Umsatz rückläufig werden und daher für sie finanzielle Einbussen entstehen, was für Hilfestellungen bietet ihnen dann die Regierung an?

Problematik Anwohnerinnen/Anwohner, Bevölkerung

11. Wurden der Anwohnerschaft rund um das Hochhaus zur wiedererrichteten Asylunterkunft vorab Informationen abgegeben? Wenn ja, wann und wie wurden diese formuliert und wenn nein, weshalb nicht?
12. Sind Gespräche mit Anwohnerinnen und Anwohnern geplant und / oder kamen unterdessen Forderungen von ihnen im Umgang mit der Asylunterkunft und deren Bewohnerinnen und Bewohnern?
13. Spürt die Regierung bereits Verunsicherungen und/oder Ablehnung, die von der Bevölkerung ausgeht und wie begegnet sie dieser?

Vorbeugende Massnahmen

14. Ist die Regierung sicher, dass mit der neuen Asylunterkunft an der Heuwaage nicht die gleiche Problematik wie im Dreirosen- und Matthäusquartier auftreten wird? Was veranlasst sie zu dieser Annahme und welche vorbeugenden Massnahmen wurden und werden ergriffen?

Jenny Schweizer